



Luzern, 14. Januar 2010

Entlastungspaket 2011 ist unnötig – Regierungsrat zeigt sich als Schreibtischtäter, der sich nicht um die Folgen seines Handelns kümmert!

Die SP lehnt das Entlastungspaket 2011 ab. Der Kanton verfügt über ein Eigenkapital von einer halben Milliarde. Dieses Geld ist wie vorgesehen zur Deckung von Finanzierungsfehlbeträgen zu verwenden, bevor einschneidende Abbaumassnahmen beschlossen werden. Das vorliegende Entlastungspaket des Regierungsrates im Rahmen von 27 Millionen für das Jahr 2011 und von 34 Millionen ab 2012 hat einschneidende und schmerzhaft Folgen. Wenn von einem „Sparprogramm light“ gesprochen wird, ist das überaus zynisch und zeigt, dass die betroffenen Menschen vom Regierungsrat in keiner Art und Weise ernst genommen werden.

Nicht die Wirtschaftslage sondern Steuersenkungen und Steuergesetzrevisionen und ein viel zu rigores Finanzleitbild sind die Hauptauslöser für den momentanen Sparzwang! Diese Tatsache wird vom Regierungsrat geflissentlich verschwiegen. Die eigene Verantwortung wird zur Seite geschoben und negiert.

Marcel Schwerzmanns Rhetorik, es handle sich bei den Einsparungen ja nicht einmal um ein Prozent des Etats und sei demzufolge kein Problem, zeugt von einer unglaublichen Ignoranz gegenüber den tatsächlichen Folgen des Leistungsabbaus. Auch wenn der Leistungsabbau lediglich ein Prozent ausmacht, sind die Konsequenzen bei den Betroffenen hart.

Das Entlastungspaket 2011 ist Ausdruck von einer unfassbaren Unzuverlässigkeit. Diverse Staatsbeiträge werden gekürzt, ohne dass dies mit den Betroffenen ausdiskutiert worden wäre. Die betroffenen Institutionen sollen selber schauen, wie sie mit den Kürzungen zu Recht kommen. Der Regierungsrat stiehlt sich klar aus dieser Verantwortung. Die Folgen kümmern ihn nicht. Für die SP ist dies absolut inakzeptabel, Kürzungen bei Staatsbeiträgen einfach so ins Blaue hinaus zu beschliessen, ohne dass bekannt ist, welche Leistungen betroffen sein werden. Die SP verlangt, dass der Regierungsrat mit den Institutionen das Gespräch sucht und aufzeigt, welche Folgen die Kürzungen haben werden. Erst dann darf allenfalls darüber entschieden werden.

Im Rahmen der Beratungen zum Wirkungsbericht über den inner kantonalen Finanzausgleich im Dezember war sich die Kommission einig, dass Beiträge für den Finanzausgleich in gleicher Höhe belassen würden. Jetzt will die Regierung den topografischen Lastenausgleich kürzen! Die Kürzung trifft Landgemeinden. Die SP wehrt sich gegen willkürliche Kürzungen zwischen den Beratungen in der Kommission und dem Parlament! Mit keinem Wort wurde bis jetzt darauf hingewiesen, obwohl die Absicht mit Sicherheit bekannt war. Das ist unseriös und dem Parlament gegenüber höchst unehrlich.

Als absolut ignoranten Schreibtischtäter erweist sich der Regierungsrat bei den vorgeschlagenen Kürzungen im Bildungsbereich. Ausbildungsplätze für sprachbehinderte Lernende zu streichen, kommt einer Ohrfeige für die Betroffenen gleich. Die Zahlenspiele für die Optimierung der Klassen im Fachmittelschulbereich und in der Kantonsschule gehen wohl auf, sind aber nicht realisierbar. Die



SP widersetzt sich vehement einem Abbau an Ausbildungsplätzen in den Fachmittelschulen! Klassen des Kurzzeitgymnasiums können nicht in Klassen des Langzeitgymnasiums integriert werden! Das kann nur jemand vorschlagen, der von Lehrplänen und Inhalten der betroffenen Schulen keine Ahnung hat. Ein Armutszeugnis für unsere Regierung!

Der Kantonsrat hat den Planungsbericht zur Aufstockung des Polizeikorps um 40 Stellen in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen. Der Stellenbedarf bei der Polizei ist unbestritten, er liegt eigentlich bei 80 Stellen. Das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ist hoch und muss ernst genommen werden. Hinzu kommt, dass die Überstundensituation bei der Polizei absolut unbefriedigend ist. Neu soll es nur noch 20 zusätzliche Stellen geben. Wenn jetzt nun auf diese Aufstockung verzichtet wird, kommt dies einem Wortbruch gleich. Die SP wehrt sich gegen eine Kürzung der Aufstockung und gegen eine schlechtere Behandlung der Landschaft.

Wenn Stellen nicht mehr besetzt werden, ist das ein Stellenabbau. Auch hier wird unehrlich kommuniziert. Keine Kündigungen heisst noch lange nicht, dass die Stellen insgesamt nicht gekürzt werden.

Die SP wehrt sich vehement gegen das unnötige Entlastungspaket 2011. Die Rhetorik ist beschönigend und unehrlich. Die Massnahmen gleichen sehr wohl einer hau-ruck Übung, zeugen von wenig Fachkenntnis und sind in weiten Teilen verantwortungslos!

Weitere Auskünfte:

- Felicitas Zopfi, Präsidentin SP Kanton Luzern
079 751 21 34
- Silvana Beeler, Fraktionspräsidentin SP
078 605 50 54